

03/2021 18. FEBRUAR

- 2 **Mitbestimmung** Gemeinsam durch die Krise
- 3 **Coronakrise** Kinderbonus bringt mehr als Steuersenkung
- 4 **Wirtschaftspolitik** Nachhaltige Notfallmaßnahmen
- 6 **Kurzarbeit** Jobs gesichert, Sorgen bleiben
- 7 **Gleichstellung** Chancen von Homeoffice häufig noch ungenutzt

ARBEIT

Starke Demokratie braucht starke Mitbestimmung

Die Mitbestimmung ist ein Erfolgsmodell – von ihrer gesetzlichen Verankerung vor 70 Jahren bis heute. Das belegen zahlreiche Studien. Dennoch ist Mitbestimmung nicht selbstverständlich: Sie muss verteidigt, ausgebaut und an die Zukunft angepasst werden.

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist eine gesellschaftspolitische Errungenschaft. Sie bildet einen der Grundpfeiler unserer Demokratie. Vor 70 Jahren wurde die Mitbestimmung zunächst in den Unternehmen der Montanindustrie gesetzlich verankert, durchgesetzt vom damaligen DGB-Vorsitzenden Hans Böckler und unterstützt durch viele streikbereite Gewerkschafter. Später wurde das Prinzip Mitbestimmung auf alle großen Unternehmen übertragen, ohne jedoch die gleiche Qualität durch echte Parität zwischen Arbeitnehmer und Kapitaleseite im Aufsichtsrat zu erreichen. „Mitbestimmung hat sich in der Vergangenheit für den Ausgleich zwischen sozialen und wirtschaftlichen Interessen bewährt und wird dies auch in Zukunft tun, wie gerade die Bewältigung der Coronakrise zeigt“, sagt Norbert Kluge, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung.

„Mitbestimmung durch Betriebs- und Aufsichtsräte ist immer dann besonders wirksam, wenn sie mit starken Tarifverträgen und Gewerkschaften zusammenwirkt.“

In den kommenden Monaten wird Böckler Impuls in jeder Ausgabe den aktuellen Stand der Forschung zur Leistungsfähigkeit der Mitbestimmung präsentieren, begleitend zur neuen Mitbestimmungsinitiative der Hans-Böckler-Stiftung. Die Serie beginnt mit einer Studie, die zeigt, warum mitbestimmte Unternehmen besser für Krisen gerüstet sind. Weitere Analysen belegen, dass Unternehmen, in denen es einen Betriebsrat gibt und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat mitbestimmen, produktiver und innovativer sind. Sie verfolgen nachhaltigere und weniger spekulative Geschäftsmodelle, bieten mehr Aus-

bildungsplätze an und setzen eher auf Qualität als auf Billigangebote. Auf lange Sicht sind sie daher erfolgreicher.

„Wider besseres Wissen neigen einige Unternehmer und Manager auch heute noch dazu, Mitbestimmungsrechte zu schwächen oder gleich ganz zu entziehen“, so Kluge. Sie nutzten dafür Gesetzeslücken in Deutschland aus oder die Möglichkeiten des europäischen Rechts. „Auf europäischer Ebene fordern die Gewerkschaften deshalb einmütig, solche Schlupflöcher zu schließen.“

Notwendig sei eine neue EU-Rahmenrichtlinie, die Mindeststandards der Unterrichtung, Anhörung und Mitbestimmung festschreibt.

Auch in Deutschland müsse gesetzlich nachgelegt werden, etwa durch die Vorschrift, alle Arbeitnehmer in die gesetzliche Mitbestimmung einzubeziehen, unabhängig von der jeweiligen Rechtskonstruktion ihres Unter-

nehmens, erklärt Kluge. Die Aufweichung des Doppelstimmrechts für den Vorsitzenden des mitbestimmten Aufsichtsrats stehe ebenfalls ganz oben auf der Liste politischer Forderungen. Zudem sollten Unternehmen stärker auch auf Ziele wie gute Arbeit, Klimaschutz und weltweit gerechtere Verteilung von Einkommen und Lebenschancen verpflichtet werden. Das zeitgemäße Leitbild, so Kluge, sei das „nachhaltige Unternehmen“. Dessen wesentliches Merkmal sei die Einbeziehung von „Workers' Voice“ auf allen Ebenen der Corporate Governance, national wie transnational. Das nachhaltige Unternehmen treibe so eine gesamtgesellschaftliche „Just Transition“ voran – eine gerechte Transformation in Richtung einer ökologisch und sozial verträglichen Wirtschaft. <





Gemeinsam durch die Krise

Mitbestimmte Unternehmen bewältigen Wirtschaftskrisen besser als Unternehmen ohne Arbeitnehmer im Aufsichtsrat.

In der Coronakrise lohnt ein Blick zurück: Wie haben Unternehmen vor einem Jahrzehnt die große Finanz- und Wirtschaftskrise gemeistert? Eine Studie zeigt: Unternehmen mit Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat haben sich nach dem Einbruch der Weltwirtschaft besser entwickelt als Firmen ohne Mitbestimmung. Das gilt für die operative Rendite, die Bewertung am Kapitalmarkt, die Beschäftigungsentwicklung sowie für die Investitionen. So lag zum Beispiel die kumulierte Aktienrendite mitbestimmter Unternehmen zwischen 2006 und 2011 um 28 Prozentpunkte höher als bei vergleichbaren Firmen ohne Arbeitnehmerbeteiligung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie von Ökonomen um Marc Steffen Rapp von der Universität Marburg und Michael Wolff von der Universität Göttingen.

Die Mitbestimmung habe in der Krise kurzzeitiges Verhalten von Unternehmen verhindert und danach ein „schnelleres Umschalten in den Wachstumsmodus ermöglicht“, schreiben die beiden BWL-Professoren in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Untersuchung. Um die Wirkung der Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat zu überprüfen, haben die Wirtschaftswissenschaftler insgesamt 560 börsennotierte europäische Unternehmen untersucht, darunter die in Dax, MDax, TecDax und SDax notierten Firmen. Dabei haben sie Unternehmen aus Deutschland, von denen die meisten mitbestimmt sind, mit passenden Firmen aus anderen europäischen Ländern verglichen, die eine sehr ähnliche Größe haben, in derselben Branche aktiv und ähnlich stark diversifiziert sind – aber keine Mitbestimmung haben.

Es wird deutlich, dass die Rentabilität während der großen Wirtschaftskrise ab 2008 und unmittelbar danach in den meisten Unternehmen gelitten hat. Diese Entwicklung werde aber „mittels der Mitbestimmung reduziert und teils auch komplett kompensiert“, schreiben die Wissenschaftler, so dass Unternehmen mit Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat signifikant besser abschnitten. Besonders deutlich ist dies bei der Umsatzrentabilität: Bei Unternehmen ohne Mitbestimmung sank sie auf dem Höhepunkt der Krise um 3,1 Prozent, während sie in paritätisch mitbestimmten Firmen um 2,7 Prozent stieg.

Auch in Sachen Aktienkurs und Dividende erkennen die Forscher einen signifikant positiven Einfluss: „Bei der Kapitalmarktpformance verzeichnen mitbestimmte Unternehmen über den betrachteten Zeitraum höhere Renditen, weisen geringere Schwankungen auf und ihre Unternehmensbewertungen unterliegen einem weniger drastischen Verfall“ während der akuten Krise.

Auffällig ist zudem, dass mitbestimmte Firmen meist auf größere Entlassungen verzichtet haben und ihre Beschäftigung nahezu stabil hielten, während Unternehmen ohne Arbeitnehmerbeteiligung viele Stellen strichen. Dabei dürfte eine große Rolle gespielt haben, dass große deutsche Firmen in der Krise die Arbeitszeit oft rasch und deutlich reduziert haben – mithilfe von Kontenmodellen, die Management und Arbeitnehmervertreter ausgehandelt hatten. So konnten sie nach dem Abklingen der Krise schnell wieder ihre Produktion ausweiten.

Weiterhin zeigt die Untersuchung, dass mitbestimmte Unternehmen weniger bei den Investitionen kürzten und die Ausgaben für Anlagen und Forschung nach der Krise stärker wieder ausweiteten als andere Unternehmen.

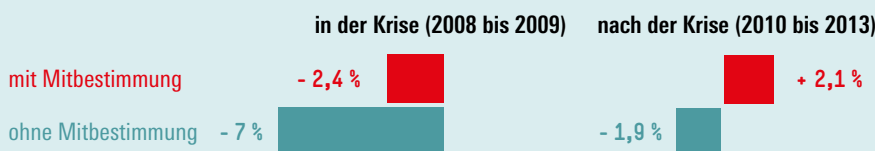
Angesichts dieser Ergebnisse raten die Forscher zu einem positiven Blick auf die Mitbestimmung: Die Partizipation von Mitarbeitern im Aufsichtsrat sollte im Rahmen von zukünftigen Transformationsprozessen „als Chance verstanden werden“.

Mitbestimmte Unternehmen schneiden besser ab

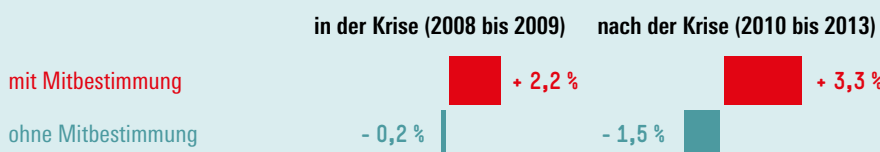
So hat sich die Aktienrendite von 2006 bis 2011 verändert bei ...



So hat sich die Beschäftigung im Vergleich zur Zeit vor der Finanzkrise verändert bei Unternehmen ...



So haben sich die Investitionen im Vergleich zur Zeit vor der Finanzkrise verändert bei Unternehmen ...



Quelle: Rapp, Wolf 2019

Quelle: Marc Steffen Rapp, Michael Wolff, Iuliia Udoieva, Jan C. Hennig: Wirkung der Mitbestimmung im Aufsichtsrat auf die Unternehmensführung. Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, Study der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 424, Juni 2019 [Link zur Studie](#)

Kinderbonus bringt mehr als Steuersenkung

Der Kinderbonus hat die Konjunktur stärker stabilisiert als die Mehrwertsteuersenkung – und der Effekt war sozial ausgewogener.

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr viel Geld in die Hand genommen, um den Absturz der Wirtschaft in der Coronakrise zu bremsen. Dabei haben nicht alle Ausgaben gleich gut angeschlagen: Laut einer Studie des IMK hat sich der Kinderbonus als deutlich effektiveres Instrument zur Stützung des privaten Konsums erwiesen als die temporäre Mehrwertsteuersenkung. Der Effekt pro eingesetzten Euro dürfte demnach rund doppelt so groß sein. Auch im Hinblick auf die Verteilungswirkung schneidet der Kinderbonus besser ab: Er erreichte gerade Haushalte mit Kindern und niedrigen bis mittleren Einkommen, die während der Pandemie besonders häufig zusätzliche Ausgaben hatten. Dagegen nutzten vor allem Haushalte mit höheren Einkommen die Mehrwertsteuersenkung, um Anschaffungen zu niedrigeren Preisen vorzuziehen.

Für ihre Untersuchung haben die IMK-Wissenschaftler Jan Behringer, Sebastian Dullien und Sebastian Gechert die dritte Welle der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung ausgewertet, an der im November 2020 mehr als 6100 Erwerbstätige und Arbeitsuchende teilgenommen hatten.

Der Auswertung zufolge hat sich die Senkung der Mehrwertsteuer aus Sicht der Bevölkerung durchaus auf die Preise ausgewirkt. Knapp 30 Prozent der Befragten gaben an, nach ihrer Beobachtung sei der finanzielle Vorteil durch die niedrigere Steuer „ganz überwiegend“ an die Endverbraucher weitergereicht worden, 56 Prozent nahmen eine teilweise Weitergabe des Steuervorteils wahr. Am Konsumverhalten hat das aber offenbar wenig geändert: Bei rund 79 Prozent der Befragten hatte die Mehrwertsteuersenkung in dieser Hinsicht keine Auswirkungen. Nur 16 Prozent berichteten, sie hätten eigentlich später geplante Anschaffungen vorgezogen. Gerade einmal 4,5 Prozent gaben zu Protokoll, sie hätten zusätzlich etwas angeschafft, und einige wenige Befragte taten beides. Unter dem Strich, so die IMK-Forscher, passe diese sehr begrenzte Resonanz gut zu Überschlagsrechnungen des Münchner ifo-Instituts, das den Effekt der Mehrwertsteuersenkung im Gesamtvolumen von 20 Milliarden Euro mit Konsum-Mehrausgaben von lediglich 6,3 Milliarden Euro beziffert.

Die Daten des IMK liefern auch Indizien dafür, dass vor allem Haushalte mit höheren Einkommen die Gelegenheit genutzt haben, während der Mehrwertsteuersenkung zu günstigeren Preisen mehr zu konsumieren. Lediglich 11,3 Prozent der Befragten aus Haushalten mit Einkommen unter 1500 Euro netto monatlich berichteten von Anschaffungen, die sie sonst erst zu einem späteren Zeitpunkt getätigt hätten. Dagegen waren es 19,5 Prozent unter den Befragten mit mindestens 4500 Euro Einkommen.

Deutlich höher als bei der Mehrwertsteuersenkung fällt der Analyse zufolge die Wirksamkeit des Kinderbonus aus. Dieser richtete sich in erster Linie an kindergeldberechtigten Haushalte mit niedrigeren oder mittleren Einkommen, weil er mit dem steuerlichen Freibetrag verrechnet, nicht aber auf die Grundsicherung angerechnet wird. 37 Prozent der Befragten mit Kin-

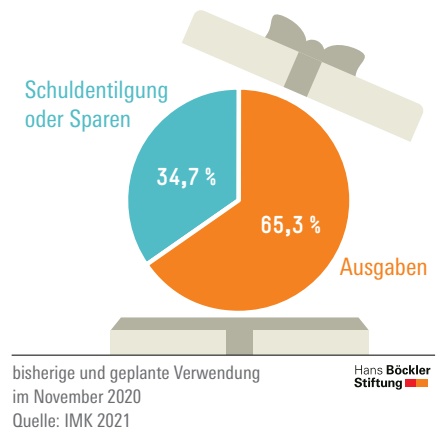
dern gaben an, den Bonus im November bereits komplett ausgegeben zu haben. Bei weiteren 27 Prozent war er zumindest teilweise in den Konsum geflossen. Zusätzlich wurden diejenigen, die den Bonus noch nicht vollständig ausgegeben hatten, nach der geplanten Verwendung des Restbetrags gefragt. Auf Basis der Antworten gehen die Wissenschaftler davon aus, dass zwölf Monate nach der Auszahlung gut 65 Prozent des Bonus ausgegeben worden sein dürften.

Damit falle die Konsumwirkung des Kinderbonus je Euro rund doppelt so hoch aus wie bei der Mehrwertsteuersenkung, betonen die IMK-Ökonomen. Besonders hoch ist die beobachtete Ausgabeneigung mit mehr als 80 Prozent vom ausgezahlten Betrag bei kindergeldberechtigten Haushalten, die niedrige Einkommen unter 1500 Euro netto haben. Diese Gruppe hatte in der Befragung auch besonders von zusätzlichen Ausgaben berichtet. Laut Dullien, Behringer und Gechert könnte das beispielsweise mit technischen Anschaffungen für Online-Unterricht oder dem Wegfall von kostenlosem Schulessen zusammenhängen. Das unterstreiche, dass der Kinderbonus zielgerichtet dort geholfen habe, wo der Bedarf besonders groß war, schreiben die Forscher. Als Fazit empfehlen sie, bei künftigen Konjunkturprogrammen „sowohl aus Effizienz- als auch aus Verteilungsgründen einen größeren Anteil der eingesetzten Mittel für Direktzahlungen zu verwenden und auf vorübergehende Mehrwertsteuersenkungen zu verzichten“.

Quelle: Jan Behringer, Sebastian Dullien, Sebastian Gechert: Wirkung des Konjunkturpakets 2020: Spürbarer Impuls vom Kinderbonus, wenig Wumms durch Mehrwertsteuersenkung, IMK-Policy Brief Nr. 101, Januar 2021 [Link zur Studie](#)

Mehr Konsum mit Kinderbonus

Der Kinderbonus wird verwendet für ...



MEHR IM PODCAST

IMK-Direktor Sebastian Dullien spricht im Podcast „Systemrelevant“ über das Konjunkturpaket der Bundesregierung und erklärt, wie die einzelnen Maßnahmen gewirkt haben:

<https://www.boeckler.de/de/podcasts-22421-Konjunkturpaket-Mehrwertsteuersenkung-warum-der-kinderbonus-eine-gute-idee-war-30415.htm>

Nachhaltige Notfallmaßnahmen

Mit zusätzlichen Ausgaben hat der Staat die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie abgefedert. Langfristig braucht es mehr öffentliche Investitionen und Klimaschutz.

Dass das Jahr 2020 für die Wirtschaftspolitik eine Herausforderung war, liegt auf der Hand. Wie nachhaltig sie vor diesem Hintergrund agiert hat, haben Fabian Lindner von der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft und IMK-Direktor Sebastian Dullien analysiert. Als Maßstab dienten insgesamt 14 Indikatoren, die sich auf den materiellen Wohlstand und die ökonomische Stabilität, die Nachhaltigkeit von Staatstätigkeit und Finanzen sowie die ökologische und die soziale Nachhaltigkeit beziehen.

um eine „mechanische Anwendung“ der Kriterien gehen. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik bestehe in einer solchen Situation darin, negative Folgen der Krise zu begrenzen.

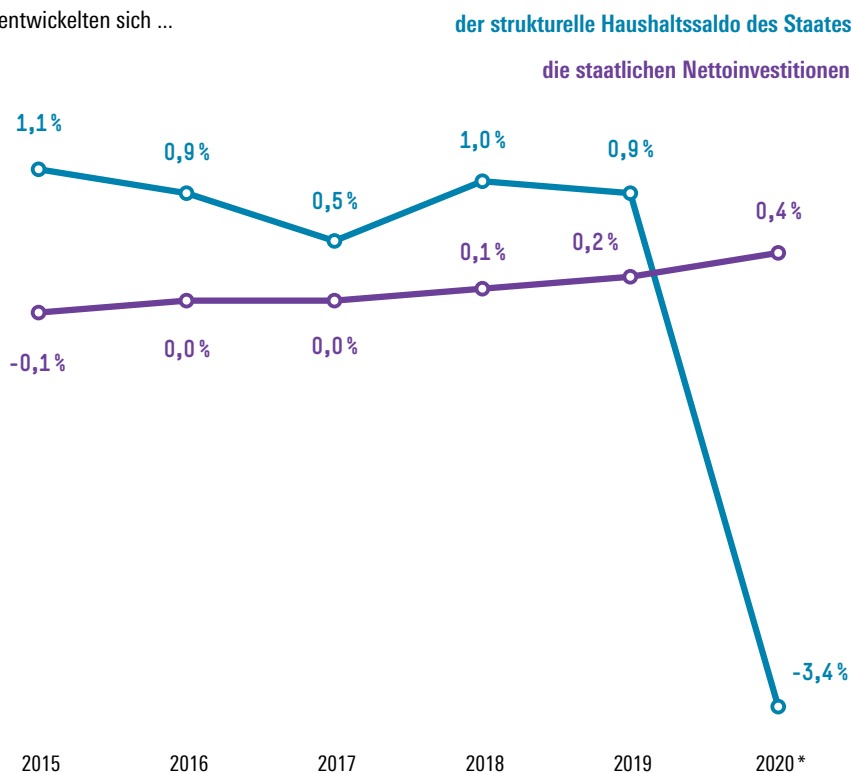
Zum Teil ist das der Studie zufolge gelungen: Während der Einbruch der Wirtschaftsleistung, die 2020 real um 5 Prozent geschrumpft ist, eine der tiefsten Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit darstellt und das Wachstumsziel weit verfehlt wurde, ist die Arbeitslosenquote zwischen März und Dezember lediglich von 5,0 auf 5,9 Prozent gestiegen. Durch die Maßnahmen der Bundesregierung – unter anderem den Einsatz der Kurzarbeit, die im vergangenen April mit geschätzt sechs Millionen Betroffenen einen historischen Höchstwert erreicht, sowie Ausgabenerhöhungen, Steuersenkungen, Kredithilfen und Garantien in Höhe von insgesamt gut 150 Milliarden Euro – sind die verfügbaren Einkommen der Haushalte trotz des massiven Einbruchs der Wirtschaft sogar um 0,8 Prozent gestiegen. Massive soziale Schäden seien so verhindert worden, stellen die Forscher fest. Dank des „beherzten Eingreifens“ seien die Voraussetzung für eine rasche Erholung der Wirtschaft nach dem Ende der Coronakrise gut.

Sind weniger nachhaltige Staatsfinanzen der Preis für diesen Erfolg? Tatsächlich dürfte der Analyse zufolge die Quote der Staatsschulden 2020 um mehr als zehn Prozentpunkte gestiegen sein, von knapp 60 auf etwas über 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Ein Großteil dieses Anstiegs sei aber nicht auf neue Kredite, sondern auf den Einbruch des BIP zurückzuführen. Sobald sich die Wirtschaft erholt, werde die Quote automatisch wieder sinken. Zudem dürften höhere Schulden letztlich weniger Kosten verursachen als mehr Arbeitslosigkeit und soziale Verwerfungen. Die Abwägung, Defizite in Kauf zu nehmen, sei also „völlig richtig“ gewesen, zumal die Zinsbelastung gering und Deutschlands Schuldentragfähigkeit nicht in Gefahr ist.

Während sie die Entscheidung der Bundesregierung, in der Krise mit Mehrausgaben gegenzusteuern, grundsätzlich für angemessen halten, sehen Lindner und Dullien einzelne Maßnahmen durchaus kritisch. So stelle die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer, die mit etwa 20

Coronakrise: Abschied von der schwarzen Null

So entwickelten sich ...



Prozent des BIP, * Prognose
Quelle: Lindner, Dullien 2021

Hans Böckler
Stiftung

Die Bilanz der Wirtschaftswissenschaftler fällt gemischt aus: Die Bemühungen, in der Coronakrise die Beschäftigung zu stabilisieren, seien notwendig und durchaus erfolgreich gewesen. Unabhängig von der Bekämpfung der akuten Krise müsse der Staat aber deutlich mehr investieren, besonders in den Klimaschutz.

Gute Voraussetzungen für rasche Erholung

Ein Teil der ausgewählten Nachhaltigkeits-Kennzahlen, die im Auftrag des IMK jährlich analysiert werden, liege zwar noch nicht endgültig vor, schreiben Dullien und Lindner. Wichtige Tendenzen seien aber absehbar. Angesichts der Folgen der Pandemie dürfe es bei der Auswertung nicht

Milliarden Euro zu Buche schlägt, zwar den größten Einzelposten des Konjunkturpakets dar, dürfte aber zur Stabilisierung der Wirtschaft vergleichsweise wenig beigetragen haben. Effektiver als Steuersenkungen seien höhere Transferzahlungen, weil die Empfänger in der Regel über geringe Einkommen verfügen und daher anteilig höhere Konsumausgaben haben.

Nur vorübergehend weniger Treibhausgase

Dass die öffentlichen Nettoinvestitionen 2020 deutlich gestiegen sind und mit 0,4 Prozent des BIP den höchsten Wert seit 1994 erreicht haben, begrüßen die Forscher, auch wenn die vom IMK als nachhaltig angesetzte Marke bei 0,6 Prozent liegt. Das Konjunkturpaket sei für das Plus nur zu einem geringen Teil verantwortlich, da es erst im laufenden Jahr voll zum Tragen kommen wird. Ob die vorgesehenen Mittel ausreichen werden, den über Jahrzehnte angehäuften Investitionsrückstand aufzuholen, erscheint aber fraglich – zumal die Coronakrise die Kommunen, die für viele Investitionen zuständig sind, finanziell kräftig gebeutelt hat.

Konkrete Daten zur sozialen Nachhaltigkeit liegen laut der Auswertung noch nicht vor. Erste Ergebnisse – etwa der Erwerbstätigenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung – deuteten aber darauf hin, dass Geringverdiener finanziell besonders stark unter der Pandemie gelitten haben. Kurzarbeit verhindere zwar Jobverluste und dämpfe so die Einkommensverluste von Beschäftigten. In den besonders

betroffenen Branchen wie dem Gastgewerbe, wo knapp die Hälfte der Erwerbstätigen in Kurzarbeit waren, seien die Löhne allerdings ohnehin vergleichsweise niedrig und der Anteil derjenigen, deren Kurzarbeitsgeld aufgestockt wird, gering. Daher dürften Armut und Ungleichheit stärker zugenommen haben als in der Finanzkrise, als vor allem in der Industrie kurzgearbeitet wurde, wo dank Tarifbindung und Mitbestimmung die Löhne höher sind und häufiger aufgestockt wird.

Einen Lichtblick gab es scheinbar in ökologischer Hinsicht: Die Treibhausgasemissionen haben 2020 um rund zehn Prozent und damit im Vergleich zu 1990 um 42 Prozent abgenommen, sodass der Zielwert von 40 Prozent sogar übererfüllt wurde. Das Problem: Der Rückgang im vergangenen Jahr verdanke sich zu zwei Dritteln der Coronakrise, dürfte also wenig nachhaltig sein, so Lindner und Dullien. Ähnlich verhalte es sich mit dem Minus von knapp neun Prozent beim Primärenergieverbrauch. Im Klimaschutzplan 2030 der Bundesregierung und im Konjunkturpaket seien zwar zusätzliche Maßnahmen und Mittel für den Klimaschutz vorgesehen, sie dürften allerdings kaum ausreichen. Um bis 2050 – wie von der Bundesregierung angestrebt – Klimaneutralität zu erreichen, sei eine „fast komplett neue Energieinfrastruktur“ nötig. Hierfür brauche es deutlich mehr öffentliche Investitionen. <

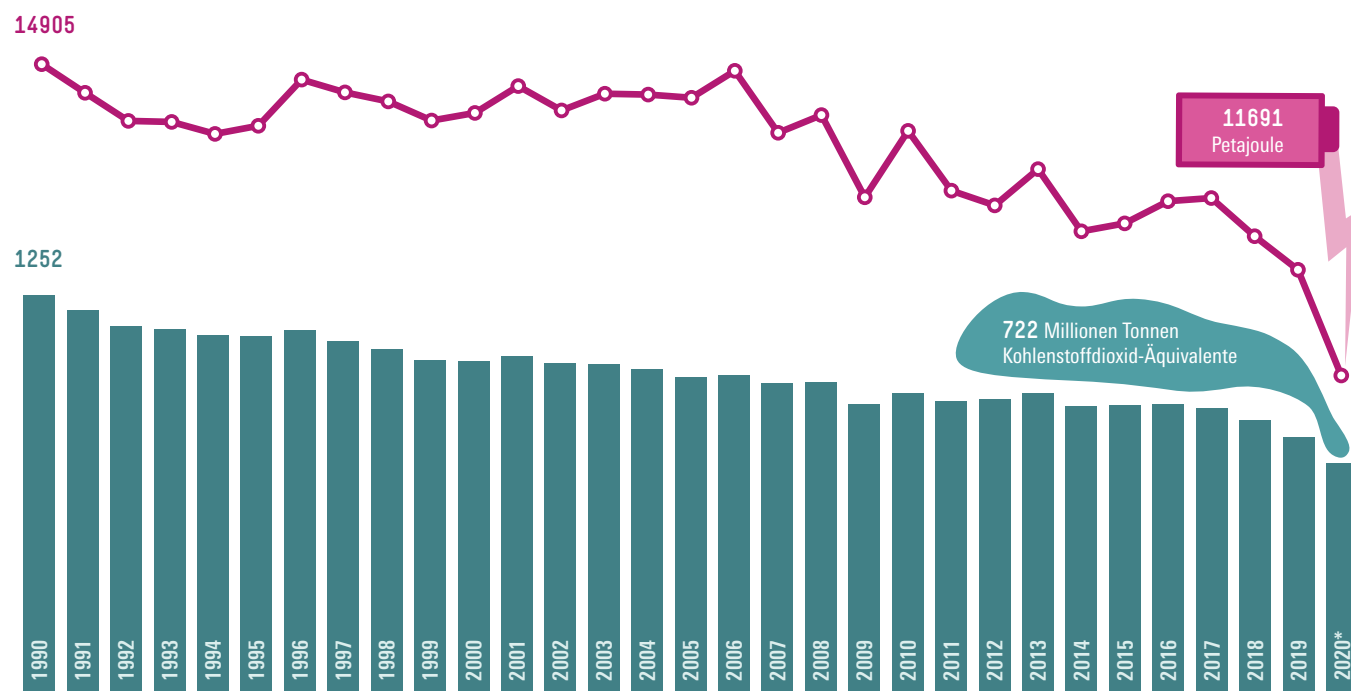
Quelle: Fabian Lindner, Sebastian Dullien: Nachhaltigkeit der Wirtschaftspolitik in der Coronakrise – Lehren aus dem Neuen Magischen Viereck, IMK-Report Nr. 165, Februar 2021

Coronakrise dämpft den Energieverbrauch

So entwickelten sich ...

der Primärenergieverbrauch

die Treibhausgasemissionen



* Prognose
Quelle: Lindner, Dullien 2021

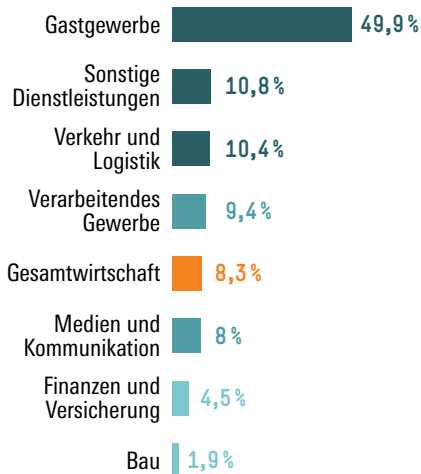
Jobs gesichert, Sorgen bleiben

Kurzarbeit rettet viele Jobs. Dennoch ist die Lage für viele Betroffene ernst: Die Hälfte berichtet von Existenzängsten. Beschäftigte mit Tarifvertrag haben es besser.

Kurzarbeit hat in der Coronakrise bislang mindestens eine Million Arbeitsplätze gerettet. Trotzdem ist sie für viele Betroffene eine erhebliche Belastung, knapp die Hälfte verzeichnet deutliche finanzielle Einschränkungen, etwas mehr als die Hälfte hat Existenzängste. Das zeigt eine Studie von Toralf Pusch und Hartmut Seifert aus dem WSI. Die Forscher haben die Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung ausgewertet,

Jeder Zweite im Gastgewerbe in Kurzarbeit

In Kurzarbeit waren im November 2020 von den Beschäftigten im Bereich ...



Quelle: Pusch, Seifert 2021



eine repräsentative Befragung von mehr als 6100 Erwerbstätigen und Arbeitsuchenden im November 2020. Dieselben Personen hatten bereits im April und im Juni Auskunft gegeben.

Der Auswertung zufolge schätzten 48 Prozent der Beschäftigten in Kurzarbeit ihre finanzielle Situation im November 2020 als stark belastend ein – diese Quote war fast viermal so hoch wie unter sozial-

versicherungspflichtig Beschäftigten ohne Kurzarbeit, etwa anderthalbmal so hoch wie unter Selbstständigen und nicht viel niedriger als bei Arbeitslosen. Beschäftigte, deren Kurzarbeitsgeld aufgestockt wird, fühlten sich weniger belastet als diejenigen, die keine Aufstockung erhalten. So berichteten knapp 53 Prozent der Kurzarbeitenden ohne Aufstockung, ihre finanzielle Situation sei stark belastend, unter denen mit Aufstockung sagten das knapp 42 Prozent.

Rücklagen vielfach aufgebraucht

Kurzarbeit habe gesamtwirtschaftlich eine große positive Wirkung, weil sie Beschäftigung sichert und Unternehmen ermöglicht, nach Abklingen der Krise mit eingespielten Belegschaften durchzustarten, betonen Pusch und Seifert. Dennoch sei angesichts des historisch beispiellosen Umfangs von Kurzarbeit in der Coronakrise bei etlichen Betroffenen „mit sich im Laufe der Zeit verschärfenden sozialen Problemen zu rechnen, da

finanzielle Rücklagen vielfach bereits aufgebraucht sind“. Bereits im November berichteten 53 Prozent der Kurzarbeitenden von Existenzängsten. Der Anteil war deutlich höher als unter Selbstständigen mit knapp 31 Prozent und gut dreimal so hoch wie bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Kurzarbeit mit knapp 17 Prozent. Ein wesentlicher Grund für die häufigen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Zukunft dürfte die von vielen Kurzarbeitenden geäußerte Furcht sein, doch noch arbeitslos zu werden.

Bei der Befragung im November gaben rund acht Prozent der Befragten an, in Kurzarbeit zu sein. Hochgerechnet auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland wären das etwa zweieinhalb Millionen Personen. Durch den „Lockdown Light“ war im Gastgewerbe die Kurzarbeitsquote mit rund 50 Prozent besonders hoch. Insgesamt waren Frauen mit 9 Prozent etwas stärker betroffen als Männer mit 7,6 Prozent. Anders als in früheren Wirtschaftskrisen war Kurzarbeit in kleinen Betrieben bis zehn Personen mit einer Quote von knapp 13 Prozent verbreiteter als in größeren. Da der gesetzliche Kündigungsschutz in diesem Bereich nicht greift, hat Kurzarbeit hier eine besonders wichtige Funktion zur Stabilisierung von Beschäftigung.

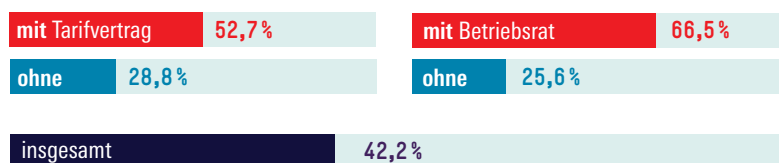
Besser dran mit Betriebsrat und Tarifbindung

Rund 42 Prozent der Befragten erhielten im November eine Aufstockung des Kurzarbeitsgeldes. Zum Teil sei dies darauf zurückzuführen, dass es nach den aktuellen gesetzlichen Regelungen ab dem vierten beziehungsweise dem siebten Monat Bezugsdauer automatisch ansteigt, so die Forscher. Zugleich spielten auch tarifliche und betriebliche Vereinbarungen eine große Rolle, konstatieren Pusch und Seifert: So erhielten von den Kurzarbeitenden in Betrieben mit Tarifvertrag knapp 53 Prozent eine Aufstockung, während es ohne Tarifvertrag lediglich knapp 29 Prozent waren. Noch größer war der Vorsprung in Betrieben mit Betriebsrat, in denen gut 66 Prozent eine Aufstockung erhielten, gegenüber solchen ohne betriebliche Mitbestimmung, wo der Anteil bei lediglich 26 Prozent lag. <

Quelle: Toralf Pusch, Hartmut Seifert: Stabilisierende Wirkungen durch Kurzarbeit, Wirtschaftsdienst 1/2021 [Link zur Studie](#)

Mitbestimmung zahlt sich auch in der Krise aus

Ein aufgestocktes Kurzarbeitsgeld erhielten im November 2020 von den Beschäftigten ...



Quelle: Pusch, Seifert 2021



Chancen von Homeoffice häufig noch ungenutzt

Insbesondere Frauen könnten von Digitalisierung und Homeoffice profitieren. Doch „kulturelle Barrieren“ stehen dem in vielen Betrieben noch entgegen.

Wer seine Arbeit flexibel einteilen und dabei auch von zu Hause arbeiten kann, hat es leichter, Beruf und Familie zu vereinbaren. Frauen in Teilzeit nutzen die höhere Flexibilität teilweise dazu, in ihrem Job mehr Wochenstunden zu arbeiten – und damit mehr zu verdienen. Allerdings: Nicht alle haben gleichermaßen Zugang zum Homeoffice. Und für die berufliche Karriere ist nach wie vor Anwesenheit entscheidend. Zu diesen Ergebnissen kommen Tanja Carstensen von der Universität Hamburg und Ute Demuth. Die Forscherinnen haben untersucht, wie sich die Digitalisierung der Arbeitswelt auf die Geschlechtergerechtigkeit auswirkt.

Ihre von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie basiert auf Interviews mit 50 Beschäftigten im Alter zwischen 25 und 61 Jahren, darunter 31 Frauen und 19 Männer mit unterschiedlicher Qualifikation und beruflichem Status. Mehr als die Hälfte der Befragten lebt mit Kindern im Haushalt. Die Befragung wurde Ende 2019 abgeschlossen, also noch bevor das Arbeiten im Homeoffice durch die Coronakrise stark zugenommen hat.

Bessere Vereinbarkeit und mehr bezahlte Arbeit

Die Arbeit im Homeoffice erleichtert nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, in einigen Fällen ermöglicht sie Frauen, ihre Erwerbsarbeit auszudehnen, stellen die Forscherinnen fest. Dadurch könnte sich langfristig die nach wie vor bestehende Lohnlücke zwischen Männern und Frauen verkleinern. Die deutlichsten Veränderungen zeigen sich bei denjenigen, die als „Zuverdienerin“ arbeiten, die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung tragen und dabei gleichzeitig in einem Job tätig sind, in dem sie gewisse Spielräume haben. Diese meist in Teilzeit Beschäftigten beschreiben, dass sie dank mobiler Arbeit ihre vertraglich vereinbarte Stundenzahl erhöhen und damit nicht nur mehr für den Job tun, sondern auch eine interessantere Tätigkeit ausüben können, ohne sich „völlig zerreißen“ zu müssen. Vor allem bei den befragten Frauen zeigt sich zudem, dass allein das Wissen, im Notfall zu Hause bleiben zu können, den Alltag deutlich entspannt, sowohl zeitlich als auch emotional. Allerdings gilt das nur, wenn die Arbeit im Homeoffice frei gewählt ist. Und natürlich kann Homeoffice weder Schule noch Kita ersetzen, wie sich in der aktuellen Situation zeigt. Aufgrund der Coronakrise gilt zurzeit eine befristete Verordnung der Bundesregierung, wonach Arbeitgeber überall dort Homeoffice anbieten müssen, wo es möglich ist.

Gefahr der Entgrenzung

Dass die Grenzen zwischen Beruf und Privatleben im Homeoffice verwischen, war schon vor Corona eine Gefahr, unterstreicht die Studie von Carstensen und Demuth. Viele Beschäftigte berichten, dass sie zu Hause und an anderen Orten vorarbeiten, nacharbeiten, sich „abends nochmal ransetzen“, dass

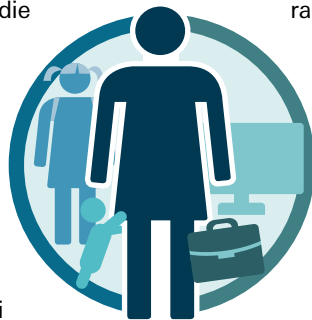
sie aus Dankbarkeit für das „Entgegenkommen“ des Arbeitgebers beim Thema Homeoffice nicht genau auf ihre Arbeitszeit achten. Manche erklären sogar, es sei üblich, auf dem Spielplatz, im Café oder im Auto zu arbeiten, während die Kinder beim Sport sind oder anderweitig Zeit überbrückt werden muss.

Ein weiteres Problem: Nicht alle Beschäftigten haben gleichermaßen Zugang zum Homeoffice. Während Höherqualifizierte, erst recht wenn sie relativ selbstbestimmt arbeiten können, häufiger die Möglichkeit zum mobilen Arbeiten haben, bleiben Beschäftigte in Bereichen wie Sachbearbeitung und Sekretariat oftmals außen vor, obwohl die Tätigkeiten eine papierlose Arbeitsweise zulassen würden. Oft seien es die Vorgesetzten, die die Anwesenheit der Beschäftigten wünschen, schreiben die Forscherinnen. Grund dafür seien „vor allem kulturelle Barrieren“. Insgesamt seien Frauen davon stärker betroffen als Männer.

Nachteilig für die Karriere

Auch wer Karriere machen will, muss nach wie vor Präsenz zeigen, stellen die Wissenschaftlerinnen fest. Vieles deutet darauf hin, dass Anwesenheit vor Ort umso wichtiger wird, je mehr Beschäftigte räumlich verteilt und virtuell arbeiten. Während jemand, der im Betrieb präsent ist, als besonders engagiert gilt, wird das Arbeiten im Homeoffice zum Teil als „mangelndes Commitment“ ausgelegt. Beschäftigte im Homeoffice stehen zudem häufiger unter Druck, beweisen zu müssen, dass sie die erwartete Leistung erbringen und verfügbar sind. „Trotz guter Erfahrungen mit digitaler Zusammenarbeit lässt sich das Informelle nicht vollständig in digitale Kommunikation übersetzen“, schreiben Carstensen und Demuth.

„Die Potenziale der digitalen Technik in der Arbeitswelt werden nur dann ausgeschöpft, wenn die Kultur stimmt und die Machtverhältnisse neu verhandelt werden“, lautet eine Schlussfolgerung der Forscherinnen. Mitbestimmung sei dabei ein wichtiger Faktor. Wenn der Betriebsrat die Diskussion um Digitalisierung und flexibles Arbeiten mitsteuert, dann könne er einiges dazu beitragen, nicht nur die Präsenzkultur, sondern auch traditionelle Geschlechterrollen in der Arbeitswelt aufzubrechen. Die Arbeitnehmervertreter dürften dabei keine inoffizielle Praxis dulden, sondern sollten auf transparente Regelungen bestehen. Alle Beschäftigten, deren Tätigkeiten es erlauben, müssten mobil arbeiten dürfen. Zugleich sollten gezielt auch Männer mit Angeboten angesprochen werden, die es ihnen ermöglichen, Sorgearbeit zu übernehmen, ohne dass Ansprüche an die eigene Erwerbsarbeit leiden. <



Quelle: Tanja Carstensen, Ute Demuth: Wandel der Geschlechterverhältnisse durch Digitalisierung, Empirische Ergebnisse und Gestaltungsansätze für Vereinbarkeit, digitale Sichtbarkeit und den Wandel von Tätigkeiten in der betrieblichen Praxis, Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 201, Dezember 2020 [Link zur Studie](#)

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Norbert Kluge, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne,
Silke Böllinger

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-631

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns
eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen:
www.boeckler.de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung
Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

ARBEITSMARKT

Gesundheitswesen überholt Industrie

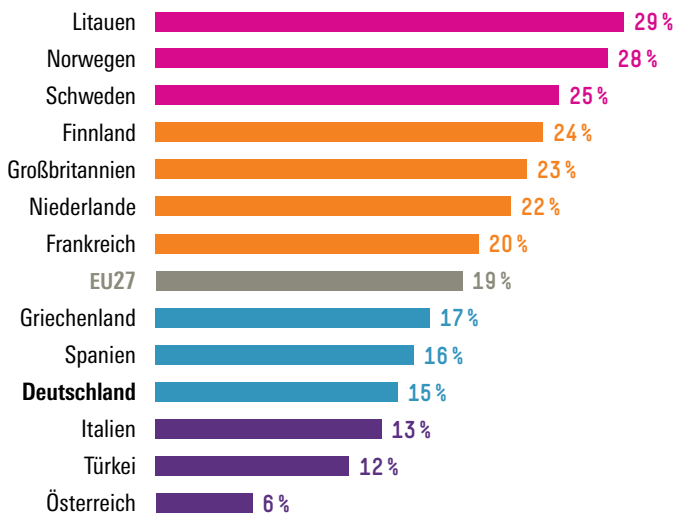
In den kommenden 20 Jahren wird das Gesundheitswesen die am stärksten wachsende Branche in Deutschland sein. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Den Berechnungen zufolge entstehen dort 660 000 neue Arbeitsplätze. Die Branche käme damit auf rund sieben Millionen Beschäftigte. Als wichtigsten Grund für das Wachstum nennen die Forscher die Alterung der Bevölkerung. Im verarbeitenden Gewerbe werden im gleichen Zeitraum 1,4 Millionen Stellen wegfallen. Die Industrie käme demnach 2040 insgesamt auf 6,1 Millionen Beschäftigte.

Quelle: IAB, Januar 2021 [Link zur Studie](#)

GLEICHSTELLUNG

Deutschland liegt weit zurück

Der Frauenanteil in Vorständen der größten börsennotierten Unternehmen betrug 2020 im Schnitt in ...

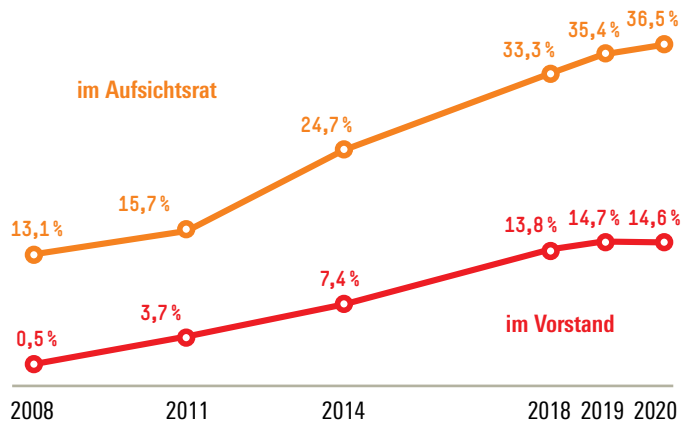


Quelle: DIW, Januar 2021 [Link zur Studie](#)

GLEICHSTELLUNG

Frauenanteil in Chefetagen steigt nur langsam

Bei Dax-Konzernen betrug der Frauenanteil im Schnitt ...



Quelle: DIW, Januar 2021 [Link zur Studie](#)

VERTEILUNG

Erbschaften machen Reiche noch reicher

Zehn Prozent aller Erwachsenen in Deutschland haben in den vergangenen 15 Jahren geerbt oder eine größere Schenkung erhalten. Die durchschnittliche Höhe dieser Erbschaften betrug real etwas mehr als 85 000



Euro pro Person, jene der Schenkungen 89 000 Euro. Die Hälfte dieser Transfers entfiel auf eine kleine Gruppe von nur zehn Prozent aller Begünstigten. Besonders profitierten diejenigen von Erbschaften und Schenkungen, die schon über hohes Vermögen verfügten. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gemeinsam mit der Universität Vechta und dem Deutschen Zentrum für Altersfragen erstellt hat.

Quelle: DIW, Februar 2021 [Link zur Studie](#)